



Streikende Telekom-Mitarbeiter
(in Mainz)

TELEKOM

Mitarbeiter verlieren weniger

Für die rund 50 000 Service-Mitarbeiter der Telekom sind die Nachteile durch den neuen Tarifvertrag geringer als bislang bekannt. Durch die verkündete Gehaltskürzung von 6,5 Prozent und vier Stunden Mehrarbeit pro Woche kann die Telekom zwar vordergründig ihre anvisierten Sparziele erreichen und damit die für 2007 angesetzte Gewinnprognose von 19 Milliarden Euro vor Steuern, Abschrei-

bungen und Zinsen halten. Gleichzeitig vereinbarten die Verhandlungspartner Thomas Sattelberger von der Telekom und Lothar Schröder von Ver.di zahlreiche Ausgleichsmechanismen, die sich nicht oder erst später in der Bilanz niederschlagen. So wird neben dem Ausgleichstopf, der 42 Monate lang die Gehaltseinbußen abfedert, ein weiterer Fonds in Höhe von 18 Millionen Euro gebildet, der danach die

Einbußen der Mitarbeiter mildert. Gleichzeitig wurde fest vereinbart, dass die Tarifgehälter 2009 und 2010 jeweils neu verhandelt werden und wieder steigen sollen. „Das ganze Paket sorgt dafür, dass die Mitarbeiter bis 2011 nahezu das gleiche Gehalt wie bisher erhalten“, sagt Ver.di-Vorstand Schröder. Dennoch sind die Mitarbeiter skeptisch. Obwohl der Durchbruch bereits am vergangenen Mittwoch erzielt wurde, setzt Ver.di den Streik noch bis einschließlich Mittwoch dieser Woche fort. Ziel ist es, die aufgebrachten Mitarbeiter in dieser Zeit von dem Kompromiss zu überzeugen, um die Urabstimmung nicht zu gefährden. Der Streik wird die ohnehin schwache Finanzsituation von Ver.di noch weiter verschärfen. Die Gewerkschaft zählte während des knapp siebenwöchigen Streiks insgesamt 449 132 Ar-



Sattelberger, Schröder

beitsniederlegungen, für die mehr als 30 Millionen Euro Streikgeld ausbezahlt werden mussten. Inklusive aller sonstigen Aktivitäten summieren sich die Kosten auf rund 40 Millionen Euro.

DEUTSCHE BAHN

DIW warnt vor hohem Tarifabschluss

In einer diese Woche erscheinenden Studie warnt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor einem zu hohen Lohnabschluss zwischen der Deutschen Bahn AG (DB) und den Bahngewerkschaften. Würde das Lohnniveau um die geforderten sieben Prozent steigen, „hätte dies negative Auswirkungen auf die Arbeitsplätze“, so das DIW. Die Deutsche Bahn AG „hätte einen Anreiz, sich aus der bisher praktizierten Beschäftigungssicherung zu verabschieden“, warnen die Wissenschaftler. Rund 3000 Arbeitsplätze, die unter derzeitigen Bedingungen durch die DB JobService GmbH abgesichert sind, seien gefährdet. Im Bahn-

konzern selbst könnten in den kommenden vier Jahren insgesamt bis zu 6400 Stellen abgebaut werden, sofern das Unternehmen sämtliche Möglichkeiten nutzt, Arbeit im Produktionsprozess einzusparen. Eine moderate Lohnpolitik sichere „zweifach Beschäftigung“: durch Sicherung der Wirtschaftlichkeit im DB-Konzern und durch Sicherung von Marktanteilen bei den im Wettbewerb stehenden Konzernteilen.



Zugbegleiter

RIESTER-RENTE

Mehr Geld vom Staat

Der Boom der Riester-Rente führt zu einem Anstieg der staatlichen Fördersummen. Nach einer Analyse der Deutschen Rentenversicherung ist die Zahl privater Rentenverträge, für die der Bund eine Zulage zahlt, in der ersten Hälfte dieses Jahres auf über fünf Millionen gestiegen. Sie liegt damit doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Zugleich erhöhte sich die staatliche Förderung in den ersten beiden Quartalen 2007 um fast 800 Millionen Euro. Im selben Zeitraum des Vorjahres lag der Zuwachs bei nur 400 Millionen Euro. Zudem verteilt sich die Riester-Förderung heute anders als vor zwei Jahren. Ein größerer Anteil der Fördergelder fließt an Westdeutsche, überwiegend an Männer und Riester-Sparer mit niedrigen oder sehr hohen Einkommen. Der Anteil der Empfänger mit mittleren Verdiensten geht zurück.